Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V.

Wirtschaft legt Fahrplan für 100.000 neue Wohnungen in Berlin vor

BBU fordert Bau-Offensive und warnt vor Enteignungen

08.01.2026 Pressemeldung

100.000 zusätzliche Wohnungen und mehr innerhalb der nächsten zehn Jahre in Berlin und im Umland sind nach Ansicht der regionalen Wirtschaft realistisch. Mit entschlossenem Handeln für schnelleres und einfacheres Bauen kann die Politik den Weg dafür ebnen. Das geht aus einem Strategiepapier hervor, das UVB und BBU am 8. Januar 2026 vorgelegt haben.

„100.000 neue Wohnungen sind ambitioniert, aber machbar“, sagte UVB-Hauptgeschäftsführer **Alexander Schirp**. „Das Potenzial ist zweifellos vorhanden – durch entschlackte Bauvorschriften, zusätzliche Flächen und Innovationen. Der Handlungsdruck ist groß, denn der Wohnungsmangel macht unseren Firmen zu schaffen.“

„Enteignung und immer neue Regulierungsansätze lösen den Wohnungsmangel in Berlin nicht. Mit Vergesellschaftung entsteht keine einzige neue Wohnung – dafür aber erhebliche Risiken für Investitionen und den Wirtschaftsstandort“, ergänzte BBU-Vorständin Maren Kern. „Was Berlin jetzt braucht, ist eine Bau-Offensive statt weiterer staatlicher Eingriffe.“

Wohnungsbau wird zum Standortfaktor

Mit dem Papier „Mehr Wohnraum ist machbar“ reagiert die Wirtschaft auch auf die Debatte über die Vergesellschaftung von Wohnungsunternehmen. Die Unternehmen lehnen den Ansatz entschieden ab. „Enteignungen rütteln an den Grundfesten der Sozialen Marktwirtschaft, verschrecken Investoren und verschärfen am Ende den Wohnungsmangel“, urteilte Schirp. „Berlin braucht mehr privates Engagement – nicht weniger.“

Der anhaltende Wohnungsmangel ist aus Sicht der Wirtschaft längst mehr als ein soziales Problem. „Unsere Unternehmen berichten uns immer häufiger, dass qualifizierte Fachkräfte einen Wechsel nach Berlin ablehnen, weil sie keine Wohnung finden“, erklärte Schirp. Für die Region bedeute dies einen zusätzlichen Standortnachteil.

Vier zentrale Hebel für mehr Wohnungsbau

Die Unternehmensverbände benennen in dem Papier vier zentrale Handlungsfelder:

- Mehr Flächen aktivieren: Durch Nachverdichtung, Aufstockungen, Lückenschlüsse, die Umwandlung geeigneter Büroflächen sowie eine bessere Zusammenarbeit mit dem Berliner Umland könne mehr Platz für Neubauten entstehen. Auch eine maßvolle Randbebauung des Tempelhofer Feldes könne einen Beitrag leisten.
- Schneller und kostengünstiger bauen: Vereinfachte Genehmigungsverfahren, Bürokratieabbau, serielles Bauen, Digitalisierung und eine praxisnahe Anwendung bestehender Gesetze wie des Schneller-Bauen-Gesetzes könnten Verfahren beschleunigen und die Bauzeit verkürzen.
- Verlässliche Finanzierung sichern: Förderprogramme, steuerliche Anreize, Sonderabschreibungen sowie eine solide und langfristige Absicherung des sozialen Wohnungsbaus würden Bauherren entlasten.
- Klare Absage an Vergesellschaftung: Dieses Instrument würde nach Ansicht der Wirtschaft den Wohnungsbau blockieren, statt ihn zu beschleunigen.

„Es geht nicht um neue Luxuswohnungen, sondern um bezahlbaren Wohnraum für Normalverdiener, Auszubildende und Beschäftigte“, betonte Schirp. „Wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen, kann Berlin beim Wohnungsbau deutlich vorankommen.“

Konjunktur: 2026 ohne große Sprünge

Zum Jahresauftakt gaben die Unternehmensverbände auch einen Ausblick auf die wahrscheinliche Entwicklung der Hauptstadtregion. Für 2026 erwarten sie keine kräftige Konjunkturbelebung. „Berlin wird beim Bruttoinlandsprodukt etwa um ein Prozent wachsen – das ist weniger als nötig, aber immerhin ein deutliches Plus“, sagte Schirp. „Brandenburg kommt voraussichtlich aus den roten Zahlen heraus und landet leicht über der Nulllinie.“ Impulse könnten aus zusätzlichen öffentlichen Investitionen kommen, etwa aus dem Sondervermögen des Bundes. Am Arbeitsmarkt seien indes keine größeren Entlastungen zu erwarten.

Die Unternehmensverbände appellierten an die Politik, die verbleibende Legislaturperiode zu nutzen, um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern. „Eine echte Trendwende ist nur möglich, wenn Investitionen erleichtert, Bürokratie abgebaut und Planungssicherheit geschaffen werden“, so Schirp.



@UVB

https://bbu.de/pressemeldungen/2026/wirtschaft-legt-fahrplan-fuer-100000-neue-wohnungen-berlin-vor